

Stromtrasse: MdEP Mayer eingeschaltet

Von Jürgen Bohlken

BECKSTEDT • „Die EU kommt nicht und sagt: ‚Wir hätten da noch Geld zu verteilen. Wollt ihr nicht...?‘ Ohne Antrag und Projekt gibt es keinen europäischen Euro“, äußerte sich der Europaabgeordnete (MdEP) Hans-Peter Mayer (CDU) am Montag im Hause von Colnrades Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann in Beckstedt zu den Chancen, EU-Fördermittel für eine unterirdische gasisolierte „Pilot“-Höchstspannungsleitung (GIL) von Ganderkesee nach St. Hülfe zu bekommen.

Was der Politiker im Beisein des Landtagsabgeordneten Thorsten Thümler, des Vorsitzenden der Samtgemeinde-CDU, Hartmut Post, und von Frank Windhorst, Sprecher der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“, vor dem Hintergrund der geplanten 380-KV-E.ON-Trasse zu sagen hatte, stimmte wenig hoffnungsfroh. Denn zum einen hat der Netzbetreiber E.ON überhaupt kein Eigeninteresse daran, die Leitung Ganderkesee-St. Hülfe unterirdisch zu verlegen und wird daher sicher nicht selbst EU-Gelder für die GIL-Technik beantragen; und zum anderen darf man bezweifeln, dass gasisolierte Leitungen überhaupt förderfähig wären: Die Firma Siemens habe in Japan 3,3 Kilometer GIL bereits gebaut; selbst Trassen über 100 Kilometer seien möglich, war im Januar während einer Expertenrunde in Harpstedt zu vernehmen. Damit EU-Gelder fließen können, muss eine Innovation aber noch nicht

„Stand der Technik“ sein. Genau das aber ist bei gasisolierten Leitungen fraglich.

Die IG „Vorsicht, Hochspannung“ könnte sich ferner eine EU-Richtlinie vorstellen, die einheitlich regelt, wie hoch die von Hochspannungsleitungen ausgehende elektromagnetische Belastung sein darf. Hier gelten von Land zu Land in der Europäischen Union sehr unterschiedliche Grenzwerte. In der Bundesrepublik ist die zulässige Maximalbelastung um ein Vielfaches höher als etwa in Italien. Mayer will sich eingehender informieren, wie die Chancen für eine EU-weite Regelung stehen. Klar ist: Eine Vereinheitlichung würde einen weiteren Verlust von nationaler Souveränität – wenn auch nur in einem Teilbereich – bedeuten, und damit tun sich die EU-Mitgliedsstaaten bekanntlich schwer. Mayer: „Wenn sich auch nur ein größeres Land sperren würde, dürfte die Bereitschaft der anderen Länder, dem zuzustimmen, gering sein.“

Indes fragt sich der Europaabgeordnete, an wen die E.ON den Windstrom, den sie ins Ruhrgebiet ableiten will, angesichts der europäischen Liberalisierung des Strommarktes überhaupt verkaufen wolle: „Wo ist der Abnehmer?“ Bei den Unternehmen jedenfalls nicht, ist Mayer überzeugt. Sie wählen den Strom mit dem günstigsten Kilowattstundenpreis. „Das Denken muss bis zum Schluss gehen“, fordert der Abgeordnete. Es dürfe die Frage nach den Abnehmern nicht aussparen. Unterdessen hegt die IG „Vorsicht, Hochspannung“ den vorsichtigen Verdacht, dass die 380-KV-Leitung womöglich gar nicht ausschließlich dazu dienen soll, Windstrom ins Ruhrgebiet abzuleiten, sondern auch als „Transittrasse“ für Atomstrom aus Finnland oder Osteuropa



Die durch die 380-KV-Trasse zu befürchtenden Einschnitte in Natur und Landschaft machten Hiltraud Lindemann (l.) und Frank Windhorst (r.), dem Europaabgeordneten Hans-Peter Mayer (Mitte) deutlich. Foto: Bohlken